

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Wesel am 19.09.2019,
16:30 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses der Stadt Wesel

Anwesend:

Vorsitzende:

Marlies Hillefeld

SPD:

Hans-Jürgen Böken (Vertretung für Frau Christina Wagner), Wolfgang Hänel, Karl-Heinz Hildebrandt, Waltraut Holzwarth (Vertretung für Frau Sabine List), Ulla Hornemann, Ilse Ruth, Norbert Schulz-Wemhoff,

CDU:

Alfred Esch, Bettina Frenzel, Jürgen Göbeler, Birgitta Kempkes, Birgit Nuyken (Vertretung für Herrn Michael Stein), Karl-Heinz Ortlinghaus,

DIE LINKE:

Barbara Wagner,

FDP:

Margit Oesterling (Vertretung für Herrn Karl-Heinz Schlekning),

Sachkundige Einwohner:

Barbara Goergen-Gormanns, Friedhelm Heinzen,

Von der Verwaltung:

Rainer Benien, Tabea Lütke-meier, Hans-Joachim Zache,

Abwesend:

CDU:

Martin Lambert,

Sachkundige Einwohner:

Johannes Schürmann,

TAGESORDNUNG:

Öffentliche Sitzung

1. Billigung der Niederschrift der letzten Sitzung
2. Bestellung einer weiteren stellvertretenden Schriftführerin **FB 6/0228/19**
3. Jahresbericht der Drogenberatungsstelle 2018 **FB 6/0226/19**
4. Inklusion auf dem Arbeitsmarkt **FB 6/0279/19**
- Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 26.08.2019 -

- | | | |
|----|--|---------------------|
| 5. | Bundesteilhabegesetz (BTHG)
hier: Existenzsichernde Leistungen für Personen in besonderen Wohnformen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.01.2019 - | FB 6/0217/19 |
| 6. | Flüchtlinge in Wesel - mündlicher Bericht - | FB 6/0253/19 |
| 7. | Finanzbericht III/2018 | FB 6/0215/19 |
| 8. | Finanzbericht I/2019 | FB 6/0216/19 |
| 9. | Informationen der Verwaltung - mündlicher Bericht - | |

Beginn der öffentlichen Sitzung: 16:30 Uhr

ABLAUF DER TAGESORDNUNG:

Öffentliche Sitzung

1. Billigung der Niederschrift der letzten Sitzung
-

Es werden keine Änderungswünsche zu der Niederschrift über die Sitzung des Sozialausschusses am 21.02.2019 vorgetragen.

Der Ausschuss billigt einstimmig die Niederschrift über die Sitzung am 21.02.2019.

2. Bestellung einer weiteren stellvertretenden Schriftführerin **FB 6/0228/19**
-

Nach kurzer Erläuterung der Vorlage durch Herrn Benien fasst der Sozialausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Sozialausschuss bestellt Frau Tabea Lütkeemeier zur weiteren stellvertretenden Schriftführerin für die Sitzungen des Sozialausschusses.

3. Jahresbericht der Drogenberatungsstelle 2018 **FB 6/0226/19**
-

Die Vorsitzende begrüßt die Herren Kons und Peukert vom Verein „Information und Hilfe in Drogenfragen e. V.“ aus Wesel. Anhand einer Präsentation berichten Herr Kons und Herr Peukert unter Bezugnahme auf den Jahresbericht 2018, der den Ausschussunterlagen beigefügt war, über ihre Arbeit.

Frau Oesterling weist auf die Thematik „Computerspielsucht“ hin und fragt nach Hilfsmöglichkeiten. Herr Kons bestätigt, dass die Thematik der sog. stoffungebundenen Süchte Jugendliche und auch Erwachsene in gleichem Maße betrifft. Ein Einwirken auf diesen Personenkreis ist nur durch eine gute Präventionsarbeit möglich. Die Drogenberatung hat dazu an einer Landesinitiative mit Jugendlichen teilgenommen, Angebote für Erwachsene gibt es in Wesel nicht.

Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

4. Inklusion auf dem Arbeitsmarkt

FB 6/0279/19

- Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 26.08.2019 -

Herr Zache berichtet zur Thematik. Er weist darauf hin, dass es im Bereich des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) 92 Inklusionsbetriebe und 48 Integrationsabteilungen in Betrieben und Einrichtungen gibt. Insgesamt sind dort 3.239 Arbeitsplätze vorhanden, davon 1.729 für schwerbehinderte Menschen. Diese Arbeitsplätze finden sich nicht in Kommunalverwaltungen, sondern ausschließlich in Produktionsbetrieben, gemeinnützigen Einrichtungen und bei Wohlfahrtsverbänden. Im Kreis Wesel gibt es eine Inklusionsabteilung in einem Sanitätszentrum sowie im APX. Drei Inklusionsbetriebe gibt es im Bereich Schulverpflegung und Hausmeisterservice sowie im Garten- und Landschaftsbau. Zum Budget für Arbeit weist er darauf hin, dass dort nur Personen beschäftigt werden können, die auch Anspruch auf eine Beschäftigung in einer Werkstatt für Behinderte haben. Hier sind für die erforderlichen Assistenzleistungen entsprechend hohe personelle Ressourcen erforderlich.

5. Bundesteilhabegesetz (BTHG)

FB 6/0217/19

hier: Existenzsichernde Leistungen für Personen in besonderen Wohnformen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.01.2019 -

Zu Beginn weist die Vorsitzende darauf hin, dass sie zu diesem TOP aus Gründen der Neutralität auf ihr Rederecht verzichtet.

Frau Quint berichtet, dass zum 1.1.2020 in den Fällen von behinderten Personen in Einrichtungen ein großer Paradigmenwechsel stattfindet, der die Eingliederungshilfe in das SGB IX einordnet und den Personen den Zugang zu Grundsicherungsleistungen nach dem SGB XII ermöglicht. Im Einzelnen bedeutet dies, dass die bisher vom LVR gewährten Leistungen nach Fachleistungen und existenzsichernden Leistungen unterschieden werden. Damit stehen die Einrichtungen vor der Problematik, mit den Bewohnern Mietverträge abschließen zu müssen und dafür Sorge zu tragen, dass diese Bankkonten einrichten bzw. die Betreuer*innen dies umzusetzen haben.

Da die Zuständigkeit der Stadt Wesel für die existenzsichernden Leistungen vom gewöhnlichen Aufenthalt vor Aufnahme in die Einrichtung abhängt, gestaltet sich die Feststellung der Leistungsverpflichtung sehr schwierig. Hier hat die Stadt zunächst eine Liste mit 319 Personen vom LVR erhalten, für die sie zuständig gewesen wäre.

Mittlerweile gibt es eine 2. und eine 3. Liste mit Angaben, die nicht verlässlich sind. So gestaltet es sich zwar schwierig, aber machbar, z. B. in den Fällen, in denen Personen seit 50 Jahren oder mehr in einer Einrichtung leben, den vorherigen Aufenthalt festzustellen. Aktuell liegen 41 Anträge aus anderen Kommunen vor, in deren Einrichtungen Personen leben, die vorher in Wesel gewohnt haben. Zusätzlich gibt es anhand der letzten Liste des LVR noch 167 Fälle, die zu prüfen sind. Jeden Tag kommen rd. 3-4 neue Anträge hinzu. Die Verwaltung wird sicherstellen, dass die Träger zum 1.1.2020 die Leistungen für ihre Bewohner erhalten werden und Finanzierungslücken nicht entstehen.

Frau Quint berichtet, dass dies den Trägern in einer Informationsveranstaltung am 3.9.2019 mitgeteilt wurde. Es war ein guter und gelungener Austausch. Man konnte Ängste abbauen und sich Sorgen anhören. Es wurde zugesagt, Probleme mit dem Kreis oder LVR zu klären. Die Heimleiter sind wichtige Multiplikatoren zugunsten der Betreuer*innen.

6. Flüchtlinge in Wesel - mündlicher Bericht -

FB 6/0253/19

Herr Benien teilt die aktuellen Quoten per 15.09.2019 mit. Danach hat Wesel eine FlüAG-Quote von aktuell 92 % und eine Quote bei der Wohnsitzauflage von 132%. Davor lagen die FlüAG-Quoten immer zwischen 92 und 96% und die der Wohnsitzauflage zwischen 124 – 134 %.

Aktuell erhält Wesel jeden Monat Zuweisungen von 8 – 10 Personen; vom 1.1. – 2.8.2019 wurden insgesamt 63 Personen zugewiesen. In dieser Personenzahl sind 19 Dublin-Überstellungsfälle (30%) enthalten.

Dazu führt Herr Benien aus, dass die Landesregierung 2018 in einem Stufenplan wesentliche Umsetzungsschritte beschlossen hat, so z. B., dass den Kommunen aus den Landeseinrichtungen nur anerkannte Flüchtlinge zugewiesen werden sollen. Dublin-Fälle, also Rückführungen in das Land, in dem die Flüchtlinge europäischen Boden betreten haben, sollten in den zentralen Aufnahmeeinrichtungen (ZAE) des Landes bearbeitet werden. Da die ZAE noch nicht vollständig ausgebaut sind, werden die betreffenden Personen den Kommunen frühzeitig zugewiesen, um den örtlichen Ausländerbehörden die Einhaltung der europarechtlichen Überstellungsfristen (innerhalb 6 Monaten) zu ermöglichen.

Der StGB NRW wird Ende November in einem Gesprächstermin mit Minister Dr. Stamp klären, wie man dieses Problem für die Kommunen lösen kann.

Die Ausländerbehörde hat in der Zeit vom 1.9.2018 - 30.9.2019 insgesamt 24 Rückführungsmaßnahmen, davon 8 mit Dublin-Überstellung, in die Wege geleitet. Davon waren 14 Maßnahmen mit 21 Personen inkl. 6 Personen mit Dublin-Überstellung erfolgreich.

Die vorgenannten Überstellungen beziehen sich auf den Zeitraum April bis September 2019.

Herr Zache erläutert die Differenzen zwischen dem Rechnungsergebnis und dem Ansatz bei den Einnahmen und Ausgaben. Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Zache erläutert den Finanzbericht per 21.05.2019 und gibt Informationen zur Integrationspauschale, die in 2019 in Höhe von rd. 405.000 EUR eingegangen ist und sich auf den Zeitraum von 2015 – 2018 bezieht. Nachdem das Land den Bundeszuschuss von 400 Mio. EUR in vollem Umfang an die Kommunen weitergibt, wird das rd. 4-fache der bereits gezahlten Integrationspauschale erwartet. Erste Anzeichen weisen darauf hin, dass der Bund den Zuschuss kürzen wird und in 2020 nur noch rd. 140 Mio. EUR an das Land überwiesen werden.

Herr Benien gibt Informationen zum inklusiven Handlungskonzept.

Während der Haushaltsberatungen im Dezember 2018 wurden aufgrund politischer Anträge Mittel zur Erstellung eines Handlungskonzeptes über die Integration geflüchteter Menschen sowie für den Personenkreis der Seniorinnen und Senioren eingestellt.

Zwischenzeitlich hatte die Verwaltung den Personenkreis auf Wohnungslose und Menschen mit Handicap erweitert und geeignete Institute zur Angebotsabgabe für die Erstellung eines inklusiven Handlungskonzeptes für die Stadt Wesel aufgefordert.

Nach Sichtung und Vergleich der Angebote haben die Institute ihre Konzeptionen im Rahmen eines Präsentationstermins vorgestellt.

Die Verwaltung hat nach endgültiger Bewertung ein Institut aus Duisburg mit der Erstellung des Konzeptes beauftragt.

Das Institut wird sich in der Sitzung am 21.11.2019 vorstellen und entsprechend berichten.

Danach berichtet Herr Benien zum Aktionstag „Bewegt älter werden“, der am 6.7.2019 im Auestadion in Zusammenarbeit mit dem Seniorenbeirat, dem Kreissportbund, dem Stadtsportverband und der Stadt Wesel stattfand. Dort wurde auf verschiedene Angebote für Senioren aufmerksam gemacht, die es in Wesel gibt. Der nächste Aktionstag soll als Alternative zum Auestadion an einem stadtnahen Standort stattfinden.

Ende der öffentlichen Sitzung: 17:29 Uhr

gezeichnet

Marlies Hillefeld/21.10.2019
Vorsitzende

gezeichnet

Tabea Lütke-meier/18.10.2019
Schriftführung

Gesehen:

gezeichnet

Rainer Benien/18.10.2019
Beigeordneter